

30.04.2014

Für ein Europa gegen Homophobie und Diskriminierung

Die Europäische Union muss auch in Zukunft die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) schützen

*Am 25. Mai 2014 wählt Deutschland seine Abgeordneten für das Europäische Parlament. Der Lesben- und Schwulenverband LSVD hat die Parteien befragt und die Antworten ausgewertet. Dazu erklärt **Eva Henkel, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)**:*

Das Europäische Parlament muss Motor für Gleichstellung und für den Kampf gegen Diskriminierung bleiben. Die Wahlen am 25. Mai sind von großer Bedeutung für die konkrete Lebenssituation der Menschen in Europa. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ruft dazu auf, wählen zu gehen. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass es im Europaparlament zu einer rückwärtsgewandten Mehrheit kommt, die Gleichstellung bekämpft und Vorurteile fördert. Deshalb sollten die Parteien unterstützt werden, die sich glaubhaft für Gleichheit und Akzeptanz und gegen Homo- und Transphobie einsetzen.

Wir haben die im Europaparlament vertretenen deutschen Parteien befragt, wie sie zur Antidiskriminierungspolitik, der Einführung einer EU-weiten Roadmap für Gleichheit, zu EU-Maßnahmen gegen homo- und transphobe Hassverbrechen oder zur Bekämpfung von Mobbing an Schulen stehen. Die Ergebnisse finden sich [hier \[http://www.lsvd.de/politik/wahlpruefsteine/europawahl-2014/auswertung-der-parteiantworten.html\]](http://www.lsvd.de/politik/wahlpruefsteine/europawahl-2014/auswertung-der-parteiantworten.html).

Die Antworten der Parteien spiegeln deutliche Unterschiede wider. Während SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und Die Linke eine große Übereinstimmung mit unseren Erwartungen und Forderungen zeigen, sprechen sich CDU und CSU in vielen Punkten dezidiert gegen eine europäische Antidiskriminierungspolitik aus. Beide Unions-Parteien verweisen wiederholt auf das Subsidiaritätsprinzip, also die Zuständigkeit der Nationalstaaten. Es soll allein den Mitgliedsstaaten überlassen werden, ob sie Maßnahmen gegen Diskriminierung ergreifen oder auch nicht. Beide Parteien sprechen sich für Ungleichbehandlung von heterosexuellen und homosexuellen Partnerschaften aus. Die CDU bleibt bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Gleichstellung beim Adoptionsrecht. Die CSU wiederum lehnt ausdrücklich die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ab.

Ablehnend äußern sich CDU/CSU auch mit Blick auf eine LSBTI umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie. Die FDP, die sich bislang unter anderem im Koalitionsvertrag 2009 strikt dagegen ausgesprochen hatte, verzichtet zum jetzigen Zeitpunkt auf eine abschließende Bewertung. Auch beim Thema Mobbing an Schulen verweisen CDU, CSU und FDP auf das Subsidiaritätsprinzip und lehnen entsprechende EU-Maßnahmen ab.

weitere Informationen [\[http://www.lsvd.de/politik/wahlpruefsteine/europawahl-2014.html\]](http://www.lsvd.de/politik/wahlpruefsteine/europawahl-2014.html)

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Der LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.